

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN Außenansichten eines Neu-Heidelbergers

Sebastian Harnisch*

Wenn man von außen auf die Heidelberger Politikwissenschaft blickt, dann stehen zunächst immer die Pioniere der Politischen Wissenschaft im Nachkriegsdeutschland, Carl Joachim Friedrich und Dolf Sternberger, im Vordergrund. Die vergleichende Regierungslehre, die Demokratieforschung und deren ideengeschichtliche Wurzeln haben das IPW und seine Wirkung auch seither maßgeblich geprägt. Gleichwohl täuscht der erste Blick, denn als Studierender und Forscher der Internationalen Beziehungen habe ich auch andere Erfahrungen mit dem Heidelberger Oeuvre gemacht. Eine rasche Durchsicht der Veröffentlichungen im Themenfeld Internationale Beziehungen der derzeit am Institut Lehrenden ergab 116 Publikationen (29 Monographien; 87 Aufsätze) (ohne Neuauflagen!): Entwicklungspolitik 21 (3/18), Europa 28 (9/19); Friedens- und Konfliktforschung 37 (10/27); Deutsche Außenpolitik 15 (4/11); Sonstige Themenfelder (u.a. Völkerrecht) 15 (3/12). Die nachfolgenden kurzen Außenansichten eines Neu-Heidelbergers können natürlich nur einen Bruchteil der Heidelberger Studien zur Internationalen Politik und Außenpolitik erfassen und einige wenige Impressionen bieten.

Studentische Sicht

Im Studium der internationalen Beziehungen kann (und sollte man!) das IPW nicht umgehen. Das betrifft zunächst einmal die Hand- und Wörterbücher zur Politik von Manfred G. Schmidt und Dieter Nohlen, die einen schnellen und verlässlichen Überblick auch zu Fragen der Außen- und internationalen Politik geben. Unersetzlich und maßgeblich ist nach wie vor das von Dieter Nohlen zusammen mit Franz Nuscheler herausgegebene *Handbuch der Dritten Welt* (8. Bände, 1993-1995), das *Lexikon Dritte Welt*, das mittlerweile in der 12. Auflage als Taschenbuch erschienen ist, und die Bände fünf und sechs (Dritte Welt und Internationale Beziehungen) des von Dieter Nohlen in den 1980er Jahren herausgegebenen sechsbändigen *Pipers Wörterbuchs zur Politik*, im nachfolgenden Jahrzehnt ebenfalls die Bände fünf und sechs des siebenbändigen Nachfolgewerks *Lexikon der Politik* bei C. H. Beck. Es gibt nichts Vergleichbares: systematisch, umfassend, didaktisch gut aufbereitet und bezahlbar.

Neben den Handbüchern sind, oder zumindest waren sie das für den aufstrebenden Politikstudenten der frühen 1990er Jahre, auch die Einführungen von Frank R. Pfetsch zur Internationalen Politik (1994), zur deutschen Außenpolitik (1993) und zur Europäischen Union (1997) unausweichlich. Warum? Weil es kurz nach der Wende keine guten, kompakten, aktualisierten, aber

* Studium, Promotion (1988); Habilitation (2004) an der Universität Trier, dort Juniorprofessor 2003–2007, seit 2007 Professor für Politische Wissenschaft mit Schwerpunkt Internationale Beziehungen an der Universität Heidelberg.

historisch gesättigten Einführungen gab. Das ist heute im Zeitalter der Modularisierung natürlich anders, wo in diesen Themenfeldern sechs bis sieben *Textbooks* nach amerikanischem Vorbild um die Gunst der Dozenten und Studierenden buhlen. Ähnliches gilt auch für das studien- und forschungsrelevante Heidelberger Konfliktbarometer (1992ff). Das war zwar Anfang der 1990er für Studierende schwer zu bekommen, aber für eine vergleichende Konfliktanalyse praktisch konkurrenzlos. Mit der Öffnung der Forschungsinstitute für die interessierte Öffentlichkeit und dem weltweiten Zugang zu Forschungsergebnissen über das Internet hat sich diese herausgehobene Stellung verändert. Das Projekt hat auf diesen Wandel mit einer plausiblen, weil nutzerorientierten Strategie reagiert: Zum einen wurde die Datenerhebung erheblich ausgeweitet, so dass die quantitative Konfliktursachenforschung jetzt noch deutlich stärker profitieren kann; zum anderen beinhaltet das Konfliktbarometer mittlerweile dichte Beschreibungen von Einzelkonflikten, die für die vergleichende qualitative Analyse von Konflikten eine sehr gute Ausgangsbasis bilden.

Die Forscherperspektive

Am fruchtbarsten für meine Forschung war die Auseinandersetzung mit zwei Heidelberger Untersuchungen an der Schnittstelle zwischen der Komparatistik und Außenpolitikforschung. Im ersten Fall argumentierte Klaus von Beyme 1996 in einem Aufsatz für die „Internationale Politik“ (von Beyme 1996), dass internationale Kooperation, insbesondere im Staatenverbund der Europäischen Union, zu einer Entmachtung der Parlamente führen würde. Aus vergleichender Perspektive kam er zu dem Ergebnis, dass je nach Regelungsmaterie die Europäisierung und Globalisierung (bspw. in der WTO) den Kompetenzzug der Legislative immer rascher vorantreiben werde. Für den Kernbereich des Wohlfahrtsstaates konstatierte von Beyme allerdings, dass die „Beharrungsfähigkeit regionaler Kräfte“ groß genug sein werde, um eine weitere europäische Homogenisierung zu verhindern. Gleiches gelte für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Für den Rest seien „Verzögerungsstrategien“ der Parlamente zu erwarten, die unterhalb des Widerrufs der Mitgliedschaft in der EU versuchen könnten, den Kompetenzzug aufzuhalten. Andrew Moravcsik (und später auch Klaus-Dieter Wolf) hatten die Entparlamentarisierung schon Anfang der 1990er Jahre als Strategie demokratischer Exekutiven identifiziert, welche durch die Verlagerung in internationale Institutionen nicht nur die Mitsprache von Gesellschaften und Parlamenten einschränken, sondern auch Gestaltungsansprüche auf die EU-Ebene abwälzen, ohne akute Gefahr zu laufen, für „internationale Verhandlungsergebnisse“ mit einer Abwahl bestraft zu werden (Moravcsik 1997; Wolf 2000).

Anknüpfend an von Beyme und Wolf stellte sich daher die Frage, ob und inwiefern Parlamente auf eine solche Strategie mit Verzögerungsinitiativen oder sogar Gegenbewegungen der Kompetenzrückversicherung reagieren würden. In einer Längsschnittanalyse zur deutschen Europa- und Sicherheitspolitik kam ich für drei Akteure (Bundestag, Bundesrat und Bundesverfassungsgericht) zu dem Ergebnis, dass diese in den 1990er Jahren tatsächlich

in unterschiedlichem Maße „Domestizierungsstrategien“ gegen ihre eigene Entmachtung einschlugen (Harnisch 2006). Domestizierung meint dabei mehr als nur Verzögerung, denn neben verstärkten Partizipationsrechten (Informations- und Initiativrechten) bei der Kompetenzverlagerung beinhaltet Domestizierung auch die Schaffung von verbindlichen ideellen Bestandsgarantien (Struktursicherungsklauseln) und die Projektion von binnenstaatlichen Normen auf die europäische Ebene.

Der zweite ‚Fall‘ stammt aus einem DFG-finanzierten Forschungsprojekt von Dieter Nohlen zu Demokratisierung und Außenpolitik. In einer komparativen Analyse der Außenpolitiken Argentiniens, Brasiliens und Chiles wies Harald Barrios (1991, 1999) auf den Zusammenhang zwischen dem Regimetypus und einem bestimmten auswärtigen Handeln hin. Für einen diachronen und synchronen Vergleich entwickelte er zwei Idealtypen (dependentistischer vs. autonomistischer Typus), die er im 20. Jahrhundert in den drei Fällen jeweils demokratischen (autonomistisch) oder autoritären Regierungen (dependentistisch) zuweisen konnte. Noch vor der derzeitigen Forschungswelle zum Demokratischen Frieden (und Krieg) stellte Barrios die Hypothese auf, dass die Allianzbildung und eine liberale Außenwirtschaftspolitik weniger von internationalen Umweltbedingungen oder statischen nationalen Außenwirtschaftsinteressen abhängig seien. Die Erklärung sei vielmehr darin zu suchen, dass autoritäre Regime sich vorwiegend an den Interessen eines begrenzten Teils der Bevölkerung orientierten (an den das Regime stützenden sozialen Schichten), während die Außenpolitiken demokratischer Regime bemüht seien, „eine Vielzahl gesellschaftlicher Interessen zufrieden zu stellen.“

Im Anschluss an Barrios' Studien und in Ergänzung zum Forschungsprogramm des demokratischen Friedens lässt sich nun fragen, ob der Regimetypus jenseits militärischer Interventionsentscheidungen auch noch andere Facetten des auswärtigen Handelns von Demokratien und anderen Herrschaftstypen maßgeblich prägt. Zum einen ist hier zu denken an eine weitere Ausdifferenzierung von demokratischen Regimetypen unter Einschluss sog. defekter Demokratien, deren Anzahl gewachsen und deren Stabilität erkennbar ist. Zum anderen weist die abnehmende Zahl zwischenstaatlicher Kriege und Konflikte daraufhin, dass das Verhalten von Demokratien in und gegenüber internationalen Organisationen sowie gegenüber nicht-staatlichen Akteuren für die Internationale Politik immer wichtiger werden wird, denn in diesen Organisationen werden durch die Friedensmissionen zunehmend innergesellschaftliche Konflikte bearbeitet und fragile Staatlichkeit substituiert.

Beide skizzierten Untersuchungen an der Schnittstelle von Demokratie und Außenpolitik widmen sich aus meiner Sicht einer zentralen Fragestellung für die Zukunft der internationalen Beziehungen: Wie wirkt sich die wachsende Zahl von Demokratien an der Gesamtheit der Staaten auf die internationalen Beziehungen aus und inwiefern verändert der Wandel in den internationalen Beziehungen durch Europäisierung und Internationalisierung unterschiedliche Demokratien? Die Heidelberger Politikwissenschaft hat dieses neue Forschungsfeld mit erschlossen, nun sollte es durch Studien zum Vergleich der Außenpolitiken von Demokratien weiter bestellt werden.

ZITIERTE LITERATUR: *Barrios, H.* 1999: Die Außenpolitik junger Demokratien in Südamerika. Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay, Opladen. *Barrios, H.* 1991: Regimetyp und Außenpolitik – Die Fälle Argentinien, Brasilien und Chile im Vergleich, in: *Nohlen, D./Fernández, M./Klaveren, A. van* (Hrsg.) 1991: Demokratie und Außenpolitik in Lateinamerika, Opladen, 113-137. *Beyme, K. von* 1996: Niedergang der Parlamente. Internationale Politik und nationale Entscheidungshoheit, in: *Internationale Politik* 52 (4), 21-30. *Harnisch, S.* 2006: Internationale Politik und Verfassung. Die Domestizierung exekutiver Außen- und Europapolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden. *Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung* (Hrsg.) 1992ff.: Konfliktbarometer, online verfügbar unter <http://www.hiik.de/konfliktbarometer/index.html.de>. *Moravcsik, A.* 1997: Warum die Europäische Union die Exekutive stärkt: Innenpolitik und internationale Kooperation, in: *Wolf, K. D.* (Hrsg.): Projekt Europa im Übergang? Probleme, Modelle und Strategien des Regierens in der Europäischen Union, Baden-Baden, 211-270. *Nohlen, D.* (Hrsg.) ¹²2002: Lexikon Dritte Welt: Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen, 12. Auflage, Reinbek. *Nohlen, D./Nuscheler, F.* (Hrsg.) (1993-1995): Handbuch der Dritten Welt, 8 Bde., Bonn. *Nohlen, D.* (Hrsg.) 1984/1987: Pipers Wörterbuch zur Politik: Band 5: Dritte Welt (hrsg. von D. Nohlen); Band 6: Internationale Beziehungen, (hrsg. von A. Boeckh, München. *Pfetsch, F.* 1997: Die Europäische Union. Eine Einführung, München. *Pfetsch, F.* 1994: Internationale Politik, Stuttgart. *Pfetsch, F.* 1993: Die Außenpolitik der Bundesrepublik. Von der Spaltung zur Vereinigung, erweiterte Neuauflage, München: *Wolf, K. D.* 2000: Die Staatsräson – Zwischenstaatliche Kooperation als Demokratieproblem in der Weltgesellschaft, Baden-Baden.